

Neueste Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Neueste Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die monatliche Zeitschrift kostet 2.00 Reichsmark. Das Quartalsheft 6.00 Reichsmark, das Halbjahrsheft 12.00 Reichsmark, das Jahrsheft 24.00 Reichsmark. Die Einzelhefte kosten 10 Pfennige. Die Anzeigen werden nach Rubriken berechnet. Die Preise sind in Reichsmark angegeben. Die Redaktion befindet sich in Halle, Markt 17. Telefon 22815. Verlagsort: Halle.

Neues in Kürze.

Drohreden und Radiotelegramme.

Das Disziplinärverfahren gegen den wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu einem Verweis und 100 Mark Geldstrafe verurteilten Schwegler, dessen Verleumdung Reichspräsidenten Oberst, führte im Ausmaßigen Amt Dr. Wilhelm Jaencke, geht an den Reichsdisziplinärhof, nach dem sowohl das Auswärtige Amt als auch die Verteidigung Berufung eingelegt haben.

Der sozialdemokratische Bezirksvorstand

hat die Partei aus dem letzten Reichspräsidentenwahlkampf ausgeschlossen, darunter den letzten Reichspräsidentenwahlkampf, den Parteimitgliedern und den Dresdener Parteipräsidenten Kühn.

Der frühere Reichsanwalt Dr. Wittig

ist gestern in seiner Eigenschaft als Ausschussmitglied der Reichsversammlung des deutschen Volkes in Weimar eingetroffen, um Verhandlungen über eine Erweiterung der deutschen Wahlkonvention einzuleiten.

Die Montag in Angola

begonnenen Abhängigkeitsverhandlungen des portugiesischen Handelsvertreters nehmen den erwarteten günstigen Verlauf. Es bestehen keinerlei grundsätzliche Schwierigkeiten mehr.

Der holländische „Kourant“

meldet aus Washington: Das Repräsentantenhaus hat die Wiederberatung des Gesetzes über das deutsche Vermögen auf Montag, den 19. April, vertagt. Der Antrag, das deutsche Vermögen als Pfand für die Reparationszahlungen an Amerika zu erklären, hat bisher nur die Unterstützung von fünf Abgeordneten gefunden. Der Zeitung „World“ zufolge lehnt das Staatsdepartement eine Stellungnahme der Regierung zur Berücksichtigung des festes im Repräsentantenhaus ab.

Die englischen Kolonialisten

haben gestern eine dreitägige ergebnislose Konferenz zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern statt. Darauf fand eine Kabinetsitzung statt, in der der englische Ministerpräsident Baldwin sich zur Vermittlung bereit erklärte.

Der Nationalrat der französischen allgemeinen Arbeiterschaft

hat das Angebot der Gewerkschaften kommunistischer Richtung, die Parteiführung gemeinsam zu belegen, abgelehnt.

Angesichts der bevorstehenden Friedensverhandlungen

mit den französischen und spanischen Vertretern in Madrid, hat Abd el Krim alle seine Untergebenen angewiesen, die Feindseligkeiten von Seiten der Krieger zu einstellen. Er erwartet uneingeschränkt, daß am 16. April Waffenstillstand auf allen Theilen der französischen und spanischen Front herrschen werde.

Die „New York Herald“

aus Kairo berichtet, hat die Universität Kairo für den 13. Mai eine große panislamistische Konferenz einberufen, die über die Befehle des Kalifats beraten soll. Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind u. a. Abd el Krim, der Sultan von Marokko, der König von Syrien, Ibn Saud, und der Schah von Persien aufgefordert worden.

Montag früh hat Mussolini

die Befestigung der tripolitanischen Küsten fortgesetzt. Zu der Deputation der Notabeln sagte Mussolini: „Wir wollen die allgemeine Wehrpflicht auch in der Kolonie einführen, denn Nordafrika gehört zum Mutterland Italia.“

Die gotische Londoner „Times“

schreibt zu den letzten Mussolinireisen: England ist beunruhigt. Das Mittelmeer hat für Großbritannien dieselbe Bedeutung wie die Nordsee. Wir können nur hoffen, daß die Mittelmeerflotte, die die Wehrpflicht herbeiführt haben, sich nicht wiederholen werden.

Kant Londoner Meldungen

sind die türkische Presse über den Besuch Mussolinis in Tripolis wegen der italienischen Wehrpflicht an Kleinasiens. Man wolle auf angebliche militärische Vorbereitungen Italiens hin.

In Washington

führte gestern der Versuch der veritasianischen Regierung, die Annahme der Vorklage der italienischen Schuldverpflichtung herbeizuführen, im Senat zu einem Scheitern, in dem die Wehrpflicht als Gegenstand der Zustimmung bildete. Man glaube, daß die Demokraten versuchen werden, Kapital für die nächsten Herbst stattfindenden Wahlen aus dem von ihnen als „unvergleichlich“ bezeichneten Entgegenkommen gegenüber Italien zu schlagen.

Kirche, Schule und Staat.

Kirche und Staat.

Der Hauptausdruck des Preussischen Landtags steht am Dienstag die Vorbereitung des Kultushaushalts fort und befaßt zunächst mit dem „Geistlichen A. G. Leberheiten“.

Der Berichterstatter, Abg. Frau (Dem.), verwies besonders auf die Berechtigung des Kultus, den feinen Religionsgesellschaften die Rechte öffentlich-rechtlicher Körperschaften zu verleihen.

Abg. Kleinpohl (Soz.) bezeichnete die Kirche als Organisation, die nahezu geschloffen gegen den gegenwärtigen Staat Front macht, und verlangte, daß die Regierung die unioziale Steuerpolitik der Kirche nachprüfe.

Abg. Roth-Denkhausen (Nat.) trat der Auffassung entgegen, daß die Kirche gegen das Volksbegehren propagiert hätte. Von amtlicher evangelischer Seite sei gegen das Volksbegehren nichts getan. Der Standpunkt des Bischofs von Bafau, daß durch die Entziehung der Fürsten das siebente Gebot verlegt werde, sei zu billigen. Allerdings seien die 12,5 Millionen Stimmen des Volksbegehrens eine enge Wahlung.

Abg. Linnchorn (3.) wandte sich gegen die sozialdemokratische Kritik, gegenüber dem Bischof von Bafau und verlangte, daß die staatlichen Leistungen für die Kirche gekürzt werden und Art. 137 der Reichsverfassung zur Durchführung gelange. Abg. Frau (Dem.) hob hervor, die Finanzlage der Kirche sei nicht so schlecht, wie behauptet wird. Er verlangte, daß die Regierung sich dem Staat gegenüber nicht polemisch einnehmen und daß eine Veröhnung der Konfessionen angestrebt werde.

Abg. Tr. Riege (Dop.) forderte für die Geisteswissenschaften das Recht der politischen Stellungnahme, wie es für jeden anderen Staatsbürger besteht, bezeichnete aber dabei Takt als erforderlich. Ministerialdirektor v. Tschudi äußerte sich zur Hoffnung aus, daß es bald wieder zu einer einmütigen geistlichen Regelung bezüglich der Zustelle zur Pfarrerehebung kommen werde. Dem Antrag, Zulassung an Synagogen zu gewähren, habe die Staatsregierung zugestimmt.

Die Anträge über Forderung für Auslandslehrer und alsbaldige Durchführung der Trennung des Kirchen- und Schulamts sowie Verlegung eines Gesetzes über die Verlebung der Rechte einer Körperschaft an die feineren Religionsgesellschaften wurde angenommen.

Lehrerbildungs- und Volksschulwesen.

In Fortsetzung der Beratung des preussischen Kultushaushalts beschäftigte sich der Hauptausdruck des Preussischen Landtags mit dem Abschnitt über „Lehrerbildungs- und Volksschulwesen“. Als Berichterstatter hierfür machte Abg. König (Soz.) u. a. auf den neuen Titel des Gesetzes „Volksschulwesen“ aufmerksam. Zu empfehlen sei die Einführung eines Unteranspruches für die Beratung der Junglehrerfrage. Abg. Hadenberg (Nat.) beantragte die Erhöhung der Beiträge für die Junglehrer auf fünf Millionen und verlangte, daß

mit Reformexperimenten in der Volksschule endlich Schluß gemacht werde. — Abg. Dohi (Soz.) bezeichnete den Kampf gegen die weltliche Schule als aussichtslos und forderte energischen Zugriff, um zu verhindern, daß die Grundschulspflicht noch immer umgangen werde. Abg. K. U. (Zentr.) warnte vor zu hohen finanziellen Anforderungen und meinte, die weltliche Schule habe in der Bevölkerung wenig Rückhalt; sie sei auch verfallungsgefährdet.

Die Zentrumsopposition weigert sich, ein Gesetz für die weltlichen Schulen zu machen.

Ministerialdirektor Kackner betonte, die Frage der Trennung des Schul- und Kirchenamts sei durch die Einführung des Volksschulgesetzes als unzulässig abgelehnt, während die weltliche Schule durch die Volksschulgesetzgebung gefördert werden; die Unzulässigkeit der Behandlung der Reformen werde von der Regierung anerkannt.

Das völlige Verbot der Körperlichen Züchtigung

habe sich in anderen Ländern nicht bewährt. Die Züchtigung müßte aber auf wenige Ausnahmefälle beschränkt werden. — Abg. B. (Dop.) verlangte mehr Sorgfalt für den Ausbau der landlichen Volksschulen und Erhöhung der Ausgaben für die Junglehrer auf drei Millionen Mark. — Ministerialdirektor Kackner betonte, daß der bringende Wunsch bei den Junglehrern bestehe, nicht in andere Berufe überzugehen, sondern zur Schule zurückzukommen. Zur Prüfung der Junglehrerfrage und der Erhöhung des Gehalts wurden Unteranspruchseinstellungen. Dann vertagte der Ausschuss die Weiterberatung.

Deutschlands Mitwirkung an der Ratsreform.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Erkundigungen der deutschen Vertreter in Paris, Rom, London und anderen Hauptstädten haben soweit befriedigt, daß die einmütige Auffassung des Reichsministeriums zur Mitwirkung an der Weiterberatung der Ratsreform aufrecht erhalten werden konnte. In den nächsten Tagen dürfte die Abwendung der deutschen Antwort auf die Einladung des Völkerbunddirektors zu erwarten sein. Nach der Rückkehr des Außenministers, Stresemann sollen dann die Vorbereitungen mit den übrigen Regierungen fortgesetzt und die Ernennung des deutschen Vertreters vollzogen werden. Das Blatt hält die Ernennung von Ministerialdirektor Gaus für wahrscheinlich.

Keine Abkürzung der Belagerungsfristen.

Ueber die Abkürzung der Räumungsfristen sind mehrfach unrichtige Meldungen durch die Presse gelangt. Wie wir zuverlässig erfahren, sind die Erörterungen mit den Belagerungsmächten überhaupt noch nicht zum Abschluß gelangt. Die maßgebenden Berliner Stellen rechnen nach wie vor mit einer Abkürzung der Fristen, sowie der Völkerbundemittelt. Deutschland vollziehen sein wird. Die offizielle Auslandsberichte hierzu sind immer Zeit nicht vorliegen, wird man gut tun, zunächst den Abschluß des Ratsmodells abzuwarten. Aus dem heizigen Gebiet selbst wird gemeldet, daß die Funktionen der früheren, nach Vercato abgebauten Kreisinspektoren inzwischen in vollem Umfang von den alliierten Gedanken übernommen worden sind.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Paris.

Der Reichskommissar in den besetzten Gebieten, Freiherr Langewieser von Zimmern, ist gestern in Paris eingetroffen, um mit Voi-

Deutschland und der Weltluftverkehr.

Die Bedeutung der Pariser Luftfahrtverhandlungen.

Don Hauptmann a. D. Schreiber (Berlin). Mit der Befestigung der trennenden Semungen in der europäischen Luftfahrt, d. h. mit dem Augenblick, in dem Deutschland die volle Gleichberechtigung zur Luft gegenüber den anderen Großstaaten hat, wird sich auch Europa, in viel fernerem Maße konsolidiert, als seine transkontinentalen und transoceanischen Aufgaben einfallen können, anfangt seine Kräfte im Meinungsstreit über Recht und Unrecht zu zersplittern. Diese Aufgaben des europäischen Luftverkehrs, der immerhin schon über zwei Drittel des Weltverkehrs umfaßt, liegen einmal in der Luftbrücke über das Festland nach Asien und Afrika, andererseits in der Luftbrücke über die Meere nach Australien und den beiden Amerika.

Sonderlich für den Weg nach Asien spielt das Flugzeug eine entscheidende Rolle, da mit der Einrichtung eines in nennmäßigen Verkehrs im Kampf mit Raum und Zeit ein ganz wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen wäre. Bedeutend wir, daß z. B. die Reise von London nach Peking, oder Tokio auf dem Schienenwege allein vier Wochen, auf dem Seewege sogar 60 Tage, also über 7 Wochen in Anspruch nimmt — dieselbe Entfernung aber vom Flugzeug in 4 bis 6 Tagen überbrückt werden — so werden wir uns ein deutliches Bild von der hohen Bedeutung des Fluges machen; ist er erreicht, so wird Ostasien und Mitteleuropa in ein ganz anderes Verhältnis zu einander treten, jäh nämlich erheblich näher kommen.

Berücksichtigen wir ferner, daß ein Land wie die Mongolei kein eigentliches Weltgebiet ist und nicht von Eisenbahnen durchzogen ist, in welchem aber in dem meist fliegenderen Gebiete die Anlage von Flugplätzen kaum auf Schwierigkeiten stößt, so wird diesem Lande mit dem Anschluß an den transkontinentalen Luftverkehr ein bedeutender Aufschwung bevorstehen, der auch Europa mit jugate lame mit zweifellos aus den fürstlichen Reichtümern der mongolischen Handelsvertreter in Berlin, Sampson, hervor geht. Es ist nur zu wünschen, daß es der „Deutschen Luftfahrt“ gelingt, die bisher durch die „Deutscher“ von Königsberg nach Moskau beflogene Strecke mit den Russen weiter auszubauen, um von Kofan, am Uralgebirge nordwärts in Ost Sibirien der transsibirischen Eisenbahn entlang nach Stransk zu gelangen, so sich die Strecke geben würde; nach den russischen Offizieren Wladimiroff und über Ula, die Hauptstadt der Mongolei, über die Wüste Gobi hin nach den Hauptstädten Chinas und Japans Peking und Tokio.

Die Leistungen der japanischen Militärflieger auf ihrem Zuge von Japan nach Europa beweisen schon, daß die Schwierigkeiten, die sich aus den ständig wechselnden meteorologischen Verhältnissen der betragte alle Klimazonen verblühenden Strecke ergeben, ein beherrschendes Hindernis sind. Welche Wege hat die russische Regierung durch die Gerechtigkeit der freiwilligen Luftflotte „Dobroljet“ befördert, in dem diese den Luftverkehr in Mittel Asien zwischen Kagan und China (Gomjetrepublik Buchara) Ragan-Duschamba und Wjstpet — Wjstpet bereits seit zwei Jahren erfolgreich aufrecht erhält und in aller Zücht zehne neue Linien von insgesamt 12 000 Kilometer Länge plant, die nach dem nördlichen und südlichen Äquator führen sollen.

Die Luftfahrtsfragen nach Vorderasien und Afrika lösen über durchgehenden Eisenführung entgegen. Hierzu würde die von der „Deutschen Luftfahrt“ zur Errichtung der diesjährigen Station in Aussicht genommene Strecke über Prag — Wien — Belgrad — Konstantinopel und Angora ein wichtiges Bindeglied sein. Der von den Türken unangäh mit einem türkischen Runters-Dreimotoren-Flugzeug von Angora über Warden und Adris nach Teheran in Persien ausgeführte Flug ist auch als Vorläufer des künftigen Luftverkehrs zu betrachten, zumal er ausdrücklich der Weiterleitung diene.

England strebt natürlich mit allen Mitteln danach, sich durch Einrichtung einer unmittelbaren Luftlinie um fünf Tage seiner Reichtumsquelle Indien zu nähern. Gerade bei der Durchführung, der großen internationalen Linien nach dem Ozean und auch nach dem Südoften — hier besonders die D o n a u entlang — wird Deutschland eine entscheidende Rolle spielen, in spielen müßte, da es wieder mit im Mittelalter das Durcheinanderland von Welten nach Osten bildet. Aufgabe der deutschen Luftpolitik ist es daher, sich ganz dafür einzusetzen, um diesem Gedanken gebührende Geltung zu verschaffen.

Labourparty gegen Dawesplan.

Die Beipredungen der Reichsregierung mit dem Dawesplan für beginnen erst am Sonntag abend dieser Woche. Inzwischen kommt eine überraschende Meldung aus London. Dem Daily Herald zufolge hat die Arbeiterpartei beschlossen, im Unterhaus die britische Regierung über die Ausfühbarkeit des Dawesplans zu interpellieren, soweit die englischen Reparationsforderung davon berührt werden. Während die auf die Sozialdemokraten gestützte Regierung, um den Geist von Locarno nicht zu gefährden, sich nicht entscheiden kann, die Reparationsfrage und die Industrieabhängigkeit der Dawesabgaben vor aller Welt aufzurollen, ist es wieder das Ausland, das in letzten Parlamenten uns an das mahnt, was Pflicht unserer Regierung und unserer Volksgemeinschaft ist.

Die Schweiz für Deutschlands Ratsreform.

Im schweizerischen Ständerat erklärte gestern Bundesrat Motta, daß die Schweizer Delegierten für die Herabsetzung des Völkerbundes im September den Auftrag erhalten werden, für die Aufnahme Deutschlands und die Bewilligung eines künftigen Ratsreform an Deutschland einzutreten, aber gegen die Schaffung neuer Ratsreform zu stimmen.

Labourparty gegen Dawesplan.

Die Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Paris.

